

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.03.2026, 14:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	14:00 Uhr
Ende:	16:04 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Bastian Swalve - SPD

Vertretung für: Sonja Lerche
ab 14:01 Uhr

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Vertretung für: Thorsten Köster

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Thomas Behrens - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - Bürgermitglied

Herr Jens Lüttge - Bürgermitglied

Herr Dr. Frank Schröter - Bürgermitglied

bis 16:02 Uhr

Frau Susanne Schroth - Bürgermitglied

bis 16:02 Uhr

Herr Oskar Schwarz - Bürgermitglied

Herr Dr. Helge Wendenburg - Bürgermitglied

Herr Thomas Ahrens - vom Vorstand des
Seniorenrates bestimmter Vertreter

Herr Torsten Busch - vom Vorstand des
Behindertenbeirats bestimmter Vertreter
Herr Christian Grußka - Vertreter der Polizei

Vertretung für: Aytekin Demirbas

Verwaltung

Herr Sebastian Hallmann - RefL 0120
Herr Dr. Jan Köhler - FBL 32
Herr Michael Loose - FBL 67
Frau Anna Katharina Hanusch - Dezernentin VI
Herr Gerold Leppa - Dezernent III
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Herr Peter Geisenhainer-Anhalt - RefL 0660
Herr Jens-Christian Kügler - FBL 06
Herr Burkhard Wiegel - FBL 66
Frau Bianca Winter - RefL 0600

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600
Frau Pauline Becker - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Frau Sonja Lerche - SPD entschuldigt
Herr Thorsten Köster - CDU entschuldigt

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS/Robert Glogowski entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Aytekin Demirbas - vom Vorstand des
Behindertenbeirats bestimmter Vertreter entschuldigt
Herr Martino Rossi - Vertreter des Jugendparlaments entschuldigt

Verwaltung

Herr Dirk Franke - FBL 65 entschuldigt
Frau Katja Langer - RefL 0650 entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Mitteilungen
 - 2.1. Änderungen auf den RegioBus-Linien 421 und 434 26-28477
 - 2.2. Mündliche Mitteilungen
3. Anträge
 - 3.1. Einrichtung eines TOP "Winterdienst auf Gehwegen" 26-28462
 - 3.2. Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen und öffentlichen Gehwegen 26-28465
4. 26-28494 Gleicher Winterdienst auf Straßen, Radwegen und öffentlichen Fußwegen in Braunschweig
5. Einrichtung einer Tempo-30-Zone in der Dammstraße 26-28261
6. Planfeststellung für das Vorhaben "Stadtbahnausbau Braunschweig - Neubau einer Stadtbahnstrecke nach Volkmarode Nord; 1. Änderung der Planunterlagen" 26-28398
Anhörungsverfahren - Stellungnahme Stadt Braunschweig
7. Anfragen
 - 7.1. Gehwegparken 26-28461
 - 7.1.1. Gehwegparken 26-28461-01
 - 7.2. Veloroute Wallring - Planungsgrundlagen für den südlichen Bereich 26-28463
 - 7.2.1. Veloroute Wallring - Planungsgrundlagen für den südlichen Bereich 26-28463-01
 - 7.3. Mündliche Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko nimmt ab 14:01 Uhr an der Sitzung teil.

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass Ratsfrau Lerche durch Ratsherrn Swalve und Ratsherr Köster durch Ratsherrn Bratschke vertreten wird und Ratsfrau Arning sowie Herr Rossi entschuldigt fehlen.

Als Gäste dieser Sitzung begrüßt sie Herrn Hallmann (Leiter des Referats Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung und Wahlen) zur Mitteilung unter TOP 2.1 sowie die Herren Loose (Leiter des Fachbereichs Stadtgrün) und Dr. Köhler (Leiter des Fachbereichs Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit) zu den Anträgen unter TOP 3.1 und 3.2.

Zum Sitzungsablauf schlägt die Ausschussvorsitzende vor, die Anträge unter 3.1 und 3.2 aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam zu beraten.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Mitteilungen

2.1. Änderungen auf den RegioBus-Linien 421 und 434

26-28477

Ratsfrau Mundlos weist darauf hin, dass sich durch die geplante Busverbindung für Schülerinnen und Schüler aus dem nördlichen Stadtgebiet auf dem Weg zur Schule in Groß Schwülper längere Fahrzeiten ergeben könnten. Sie bittet um Klarstellung, ob der Bus mehrere Routen fährt, sodass kürzere Verbindungen möglich bleiben, um Nachteile für die betroffenen Schülerinnen und Schüler zu vermeiden.

Herr Hallmann erläutert., dass die Verkehrsgesellschaft Landkreis Gifhorn mbH (VLG) und die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) bei der Planung besonderen Wert darauf gelegt haben, die Schülerverkehre sicherzustellen. Die künftige Ringlinie der VLG kann in beide Richtungen genutzt werden, sodass Fahrgäste zwischen einer kürzeren und einer längeren Route wählen können. Zusätzlich verstärkt die BSVG den Schülerverkehr, sodass Schulen wie das Lessinggymnasium in Wenden und die OBS Papenteich weiterhin gut erreichbar bleiben. Der Ringverkehr kann zudem je nach Verbindung teilweise dichtere Taktungen ermöglichen.

Ratsfrau Jalyschko kritisiert, dass die geplanten Angebotskürzungen als unvermeidbar dargestellt würden, obwohl sie das Ergebnis politischer Entscheidungen über die Finanzierung seien. Zudem bemängelt sie, dass die Änderungen der Linienführungen nicht grafisch dargestellt wurden und weist darauf hin, dass sich die Anbindung in Richtung Wolfenbüttel verschlechtern könnte. Darüber hinaus fragt Ratsfrau Jalyschko nach konkreten Fahrten, die bei der Linie 434 zu Tagesrandzeiten auf Anruflinientaxi umgestellt werden sollen und bittet um Klarstellung, ob weitere Angebotsreduzierungen im Zuge der angekündigten Evaluation der Fahrgastzahlen geplant sind.

Stadtbaurat Leppa weist die von Ratsfrau Jalyschko vorgetragene Kritik zurück und erklärt, dass die Angebotsanpassungen im ÖPNV auf deutlich gestiegene Kosten im RegioBus-Verkehr bei gleichzeitig begrenzten finanziellen Mitteln zurückzuführen seien. Die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel hätten ihre Beiträge bereits erbracht, um möglichst viele Verbindungen zu erhalten. Ziel der Verwaltung sei es gewesen, gemeinsam mit BSVG und dem Regionalverband Großraum Braunschweig einen Kompromiss zu finden, um stärkere Einschränkungen im Angebot zu vermeiden.

Herr Hallmann ergänzt, dass die Verschlechterung der Verbindung nach Wolfenbüttel daraus resultiere, dass weder Stadt noch Landkreis Wolfenbüttel bereit gewesen seien, wegfallende Finanzierungsanteile des Regionalverbandes zu übernehmen. Die Taktreduzierung könne bei gesicherter Finanzierung jedoch grundsätzlich wieder rückgängig gemacht werden. Fahrten der Linie 434, die auf Anruflinientaxi umgestellt werden, betreffen vor allem schwach nachgefragte Nachtverbindungen am Wochenende ab etwa 23.30 Uhr sowie in den frühen Morgenstunden. Die Evaluation der Fahrgastzahlen sei ein übliches Verfahren und bedeute nicht automatisch weitere Angebotskürzungen. Insgesamt sei mit den Änderungen ein Kompromiss erreicht worden, der trotz Kostensteigerungen weiterhin zwei Fahrten pro Stunde ermögliche. Die Nachreichung einer grafischen Darstellung sagt die Verwaltung zu.

Protokollnotiz: Die Darstellungen wurden zu dieser Mitteilung protokollarisch im Ratsinformationssystem Allris eingebunden
<https://ratsinfo.braunschweig.de/integration/to020?TOLFDNR=2002292&SILFDNR=1003295>

Ratsherr Dr. Plinke betont, dass die Qualität des Busverkehrs wesentlich von der bereitgestellten Finanzierung abhängt. Zudem fragt er, ob sich die in der Mitteilung genannten Informationen nochmals ändern könnten, sobald der Verkehr auf der derzeit unterbrochenen Stadtbahnstrecke in den Heidberg wieder aufgenommen wird.

Herr Hallmann stellt klar, dass sich durch die Wiederinbetriebnahme der Stadtbahnstrecke keine Änderungen an den genannten Buslinien ergeben werden.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg hinterfragt, ob die Aufrechterhaltung der Linie 421 nach Wolfenbüttel im Stundentakt sinnvoll ist, da dieser Takt aus seiner Sicht keine ausreichende Anbindung, etwa für Studierende der Hochschule Wolfenbüttel, gewährleistet. Er vermisst eine Darstellung, weshalb auf diese Anbindung nicht gänzlich verzichtet wird. Zudem weist er darauf hin, dass die Anbindung von Stöckheim und Melverode insbesondere zum Städtischen Klinikum Salzdahlumer Straße durch die derzeitige Linienführung und fehlende Abstimmung der Fahrpläne nur eingeschränkt gewährleistet sei.

Stadtbaurat Leppa stellt klar, dass ein vollständiger Verzicht auf die Buslinie 421 nicht vorgesehen ist. Ziel sei es gewesen, die vorhandenen finanziellen Mittel so zu verteilen, dass weiterhin ein möglichst stabiles Angebot bestehen bleibt, auch wenn sich Taktungen verändern. Die Stadt Wolfenbüttel halte ihren Finanzierungsanteil aufrecht, habe ihn jedoch nicht erhöht. Ein Stundentakt sei im RegioBus-Verkehr überdies üblich und die Verwaltung sieht die vorgestellte Lösung unter den aktuellen Rahmenbedingungen als bestmöglichen Kompromiss an.

Herr Hallmann weist darauf hin, dass in einer Stadt von der Größe Braunschweigs Umsteigeverbindungen im ÖPNV unvermeidbar seien und nicht jede Verbindung direkt und optimal angeboten werden könne. Die Linie 421 verkehre weiterhin auf Teilen der Strecke im 30 Minuten-Takt. Zudem betont er, dass ein Stundentakt im Nahverkehrsplan vielerorts als Grundangebot der Daseinsvorsorge vorgesehen sei und gegenüber einem vollständigen Wegfall der Verbindung eine weiterhin wichtige Mindestversorgung darstelle.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg bekräftigt, dass attraktive und möglichst direkte ÖPNV-Verbindungen notwendig seien, um Menschen zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn zu bewegen. Ein Stundentakt werde aus seiner Sicht nicht als praktikable Alternative zum Auto wahrgenommen. Er regt komfortablere Verbindungen und bessere Umsteigemöglichkeiten an.

Herr Hallmann räumt ein, dass ein ideales ÖPNV-Angebot wünschenswert wäre, in der Praxis jedoch Kosten und Nachfrage berücksichtigt werden müssen. Für Menschen ohne Auto stelle ein Stundentakt eine wichtige Mindestversorgung dar.

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28477 wird zur Kenntnis genommen.

2.2. Mündliche Mitteilungen

2.2.1 – Kennzeichnung von Hindernissen für Blinde und Sehbehinderte

Stadtbaurat Leppa informiert unter Bezugnahme auf die mit dem Antrag 25-26949 („Kennzeichnung von Hindernissen für Blinde und Sehbehinderte“) beschlossene Kontaktaufnahme mit dem Behindertenbeirat Braunschweig e. V., dass dieser Termin am 4. März stattfindet, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

2.2.2 – Umrüstung der Abfallbehälter in der Innenstadt (Haushaltsantrag FWI 166)

Stadtbaurat Leppa berichtet zur Umrüstung der Abfallbehälter in der Innenstadt vom Modell Rostock auf das größere Modell Kendo (Haushaltsantrag FWI 166), dass entsprechende Abfallbehälter beschafft wurden und der Einbau für dieses Frühjahr vorgesehen ist.

3. Anträge

3.1. Einrichtung eines TOP "Winterdienst auf Gehwegen"

26-28462

Der Antrag 26-28462 wird gemeinsam mit dem Antrag 26-28465 behandelt.

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Antrag 26-28465 (TOP 3.2)

Ergebnis:

Der Antrag wurde in die Tagesordnung aufgenommen und das Sachthema beraten. Eine Abstimmung über den Antrag 26-28462 erfolgt nicht.

3.2. Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen und öffentlichen Gehwegen

26-28465

Ratsfrau Kluth bringt den Antrag 26-28465 ein und begründet diesen.

Stadträtin Hanusch erläutert einleitend die organisatorischen Herausforderungen des Winterdienstes bei Schneefall. Da die Kapazitäten der Verwaltung und vertraglich gebundener Dienstleister begrenzt sind, liegt die Räumpflicht für Gehwege bei den jeweiligen Eigentümerinnen und Eigentümern der anliegenden Grundstücke und damit zum Teil auch bei der Verwaltung selbst und den von ihr beauftragten Dienstleistern. Der Winterdienst auf Fahrbahnen und Radwegen obliegt der ALBA Braunschweig GmbH. An Kreuzungen und Bushaltestellen bestehen überdies Zuständigkeitsschnittstellen.

Herr Loose berichtet über Verbesserungsmöglichkeiten sowie zur Räumspflicht der Anliegerinnen und Anlieger. Beschwerden bezogen sich vor allem auf den Geh- und Radwegwinterdienst sowie auf durch Anliegerinnen und Anlieger nicht geräumte Gehwege. Die Verwaltung selbst ist mit beauftragten Dienstleistern für über 1.000 Grundstücke mit rund 120 km Gehwegen zuständig. Mit einem örtlichen Dienstleister verlief die Leistung teilweise zufriedenstellend, während zwei beauftragte Berliner Firmen ihre Leistungen nur unzureichend bzw. gar nicht erbracht haben. Mehrere Abmahnungen wurden ausgesprochen; eine Kündigung während der laufenden Wintersaison kam aufgrund fehlender Ersatzkapazitäten hingegen nicht in Betracht. Ersatzweise wurde die Räumung daher von städtischem Personal übernommen. Für künftige Ausschreibungen ist eine andere Vergabestruktur mit mehreren Losen und stärkerer Einbindung regionaler Unternehmen vorgesehen, um die Organisation des Winterdienstes zu verbessern.

Eine durchgehend geräumte Verbindung von der Haustür bis zur Bushaltestelle sei organisatorisch jedoch kaum sicherzustellen, da viele Gehwegabschnitte in der Verantwortung privater Anliegerinnen und Anlieger liegen und eine flächendeckende Kontrolle durch die Verwaltung personell nicht leistbar ist. Die Räumung der Bus- und Stadtbahnhaltestellen wird von der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) eigenverantwortlich wahrgenommen. Der Fahrbahnwinterdienst durch ALBA habe nach Ansicht von Herrn Loose insgesamt gut funktioniert.

Zur Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf die Winterdienstpflichten verweist Herr Loose auf umfangreiche Kommunikationsmaßnahmen der Verwaltung, darunter einen Winterdienstflyer, Informationen auf der städtischen Internetseite, Pressemitteilungen sowie regelmäßige Hinweise an Eigentümerinnen und Eigentümer mit dem Grundsteuerbescheid.

Herr Dr. Köhler erläutert, dass zur Durchsetzung der Räumspflicht gegenüber Anliegerinnen und Anliegern vor allem Kommunikation und Aufklärung entscheidend seien. Sanktionen seien aufgrund rechtlicher und organisatorischer Hürden nur in eindeutigen Fällen möglich. Er berichtet über aktuell etwa 40 laufende Ordnungswidrigkeitenverfahren, deren Bearbeitung aufgrund der Eigentümerstrukturen und notwendiger Anhörungen aufwändig ist. Als wirksam habe sich die direkte Ansprache durch den Zentralen Ordnungsdienst vor Ort erwiesen, die häufig zu Verbesserungen geführt habe.

Ratsfrau Kluth fragt, ob im Rahmen der Kommunikation zur Räumspflicht auch gezielt Hausverwaltungen angesprochen werden könnten, da dies insbesondere bei Mehrfamilienhäusern effektiver sein könnte als die Ermittlung einzelner Eigentümer. Zudem regt sie an, die Öffentlichkeit stärker zum Einsatz von Streusalz zu informieren.

Herr Loose erläutert, dass Hausverwaltungen bislang nicht gezielt angeschrieben wurden, da die Information zur Räumspflicht in erster Linie - etwa über den Grundsteuerbescheid - an die Eigentümerinnen und Eigentümer übermittelt werden. Den Hinweis, künftig auch die Hausverwaltungen direkt zu informieren, nimmt die Verwaltung jedoch als Handlungsansatz für die Zukunft auf. Zum Einsatz von Streusalz führt Herr Loose aus, dass die Regelungen im Winterdienstflyer sowie in Pressemitteilungen der Verwaltung kommuniziert wurden.

Ratsherr Dr. Plinke betont, dass dieser Tagesordnungspunkt insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität relevant ist, die bei Glätte oder Schnee Schwierigkeiten haben, ihre Wege sicher zu bewältigen. Er regt an, Hausverwaltungen und den Haus- und Grundbesitzerverband stärker in die Kommunikation einzubeziehen und deutlicher auf die Verantwortung der Eigentümergemeinschaften hinzuweisen. Zudem weist er auf eine organisatorische Lücke hin: Übergänge zwischen geräumten Hauptverkehrsstraßen und nicht geräumten Nebenstraßen können für Fußgängerinnen und Fußgänger problematisch sein. Er regt an zu prüfen, ob diese Räumung im Auftrag an ALBA berücksichtigt werden kann.

Stadtbaurat Leppa betont, dass zusätzliche Flyer oder Bußgelder das Problem des unzureichenden Winterdienstes durch private Eigentümerinnen und Eigentümer nur begrenzt lösen können. Entscheidend sei aus seiner Sicht vielmehr das Verantwortungsbewusstsein der Eigentümerinnen und Eigentümer sowie der Mieterinnen und Mieter und die Eigeninitiative, Wege für mobilitätseingeschränkte Menschen freizuhalten. Der Appell sollte daher eher an alle Bürgerinnen und Bürger gerichtet sein, aktiv Verantwortung zu übernehmen, anstatt sich nur auf formale Maßnahmen zu verlassen.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg weist auf mögliche Regelungslücken im Räumplan hin und bezieht hierbei auch Grundstücke städtischer Gesellschaften ein.

Herr Loose bittet, mögliche Regelungslücken oder problematische Stellen der Verwaltung zu melden, damit diese entsprechend Anpassungen prüfen kann.

Ratsherr Disterheft hebt das große Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger hervor und würdigt die gegenseitige Unterstützung verschiedener Akteure. Er betont die Bedeutung von Zusammenhalt, gegenseitiger Unterstützung und gesellschaftlichem Engagement, insbesondere für ältere und hilfsbedürftige Menschen.

Ratsherr Behrens bringt für die Gruppe Die FRAKTION. BS den Antrag 26-28465 ein und begründet diesen. Er fragt, welche möglichen Haftungsrisiken für die Stadt Braunschweig oder die ALBA Braunschweig GmbH bei Unfällen infolge nicht geräumter Straßen, Rad- und Gehwege bestehen. Zudem erkundigt er sich nach der Dokumentation über den Winterdienst von ALBA an die Verwaltung und fragt, wie diese eingesehen werden kann und ob die im Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) festgelegten Zielnetze für Radverkehr, ÖPNV und motorisierten Individualverkehr künftig als Grundlage für die Priorisierung beim Winterdienst dienen. Zudem erkundigt er sich, ob die Verwaltung ALBA gebeten hat, diese Netze prioritär zu räumen, und ob ALBA dem zugestimmt hat.

Herr Loose stellt klar, dass ALBA grundsätzlich nicht für den Winterdienst auf Gehwegen zuständig ist. ALBA ist lediglich im Rahmen einer vertraglichen Regelung beteiligt, indem bei winterlichen Bedingungen Mitarbeitende stichprobenartig Kontrollen im Stadtgebiet durchführen, um die Einhaltung der Räumpflichten durch private Anliegerinnen und Anlieger zu überprüfen. Er erläutert, dass sich der Winterdienst derzeit nicht an den Zielnetzen des MEP orientiert, sondern an den Vorgaben des Radentscheids. Demnach werden Radwege entlang von Hauptverkehrsstraßen in Priorität 1 geräumt, hier jedoch ohne Streusalz. Eine Priorisierung nach den Zielnetzen müsste gesondert geprüft, mit ALBA abgestimmt und die Kosten ermittelt werden. Weiterhin erklärt Herr Loose, dass ALBA während der Wintersaison täglich mehrfach der Verwaltung über ihre Winterdiensteinsätze berichtet. Zudem existiert ein detailliertes Winterdiensteinsatzhandbuch mit Einsatzplänen, Fahrzeugen, Streumitteln und Kontaktpersonen. Zu möglichen Haftungsrisiken führt Herr Loose aus, dass bei städtischem Verschulden der kommunale Schadenausgleich greift. Bei externen Dienstleistern bestehen vertragliche Regelungen, sodass diese im Schadensfall haftbar gemacht werden können.

Ratsfrau Hahn stellt den Antrag, den Antrag 26-28465 um einen Gremienlauf zurückzustellen. Ziel ist, parteiübergreifend einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten, der den Winterdienst umfassender und breiter aufstellt, da neben Geh- und Radwegen auch andere Bereiche wie Bushaltestellen und Feuerwehrhäuser berücksichtigt werden sollen.

Protokollnotiz: Ratsherr Bratschke verlässt um 15:20 Uhr die Sitzung.

6. Planfeststellung für das Vorhaben "Stadtbahnausbau Braunschweig - Neubau einer Stadtbahnstrecke nach Volkmarode Nord; 1. Änderung der Planunterlagen" Anhörungsverfahren - Stellungnahme Stadt Braunschweig

26-28398

Stadtbaurat Leppa führt in die Vorlage 26-28398 ein.

Ratsfrau Kluth fragt, wie die Anwohnenden vor Lärm geschützt werden, wie das Monitoring abläuft und wie schnell auf Überschreitungen reagiert werden kann.

Stadtbaurat Leppa erläutert, dass mobile Schallschutzmaßnahmen z. B. mobile Schallschutzwände, Zäune, Matten, Schallschutzvorhänge umfassen sowie eine optimierte Anordnung von Baustellencontainern zur Reduzierung der Lärmbelastung für angrenzende Bebauung. Das Monitoring erfolgt über langfristige Lärmmessungen mit technischen Messsystemen, um Lärmquellen zu identifizieren und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung zu bewerten. Ein baubegleitendes Baulärmschutzkonzept für das Teilprojekt Wendeanlage Gliesmarode wird derzeit von einem externen Ingenieurbüro erarbeitet. Da es sich um eine neue Rechtsprechung handelt, liegen bislang noch keine Erfahrungen vor. Konkrete Aussagen sind nach Vorlage des Konzeptes möglich.

Protokollnotiz: Ratsherr Swalve verlässt um 15:30 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Behrens, welche Änderungen sich durch die Neuauslegung gegenüber den ursprünglichen Planungen ergeben haben, erläutert Herr Wiegel, dass die Neuauslegung einen Teilbereich der Freihaltetrasse Richtung Volkmarode-Nord betrifft, an dem ein Querungsstelle für Fußgänger geplant ist. Die Planfeststellungsbehörde hatte Bedenken, ob der Lärmschutz für Anwohnende vollständig eingehalten wird. Ein Schallgutachter bestätigte die Einschätzung der Planfeststellungsbehörde, weshalb eine erneute Auslegung dieses Teilbereiches von der Planfeststellungsbehörde empfohlen wurde. Weitere Hinweise zum Baulärm wurden von der Verwaltung ergänzt und der Planfeststellungsbehörde übermittelt.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage 26-28398 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der Stellungnahme der Stadt Braunschweig (Anlage 1) wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Anfragen

7.1. Gehwegparken

26-28461

Ergebnis:

Die Anfrage 26-28461 wird zur Kenntnis genommen.

7.1.1. Gehwegparken

26-28461-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28461-01 wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Veloroute Wallring - Planungsgrundlagen für den südlichen Bereich

26-28463

Protokollnotiz: Ratsherr Swalve nimmt ab 15:34 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth stellt Herr Wiegel klar, dass die Verwaltung keine provisorische Radverkehrsführung durch den Bürgerpark plant. Der Fokus liegt auf der südlichen Innenstadtumfahrung. Zunächst werde geprüft, wie eine Verbindung vom Löwenwall zur Kurt-Schumacher-Straße hergestellt werden kann, was aufgrund baulicher Gegebenheiten schwierig ist. Dabei sind insbesondere auch mögliche Auswirkungen des Projektes BoMa+ zu berücksichtigen.

Stadtbaurat Leppa sagt zu, einen von Ratsherrn Dr. Plinke erbetenen Zwischenbericht zur Planung den Gremien zu übermitteln. Hinsichtlich der Frage von Ratsherrn Dr. Plinke zu der von diesem Ausschuss beschlossenen Umsetzung einer Verbesserung der Radverkehrsanlagen am Theater (Vorlage 23-22453) erinnert Stadtbaurat Leppa an die zeitliche Verschiebung dieser Maßnahme, um Konflikte durch zusätzliche Baustellen während der Bautätigkeiten an der Helmstedter Straße/Museumstraße und am Hagenmarkt zu vermeiden. Eine Umsetzung im Bereich Theater ist - vorbehaltlich der Beschlüsse zum Doppelhaushalt 2027/28 - ab 2027 vorgesehen.

Ergebnis:

Die Anfrage 26-28463 wird zur Kenntnis genommen.

7.2.1. Veloroute Wallring - Planungsgrundlagen für den südlichen Bereich

26-28463-01

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Anfrage 26-28463 (TOP 7.2)

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28463-01 wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Mündliche Anfragen

7.3.1 – Verkehrssituation für Schülerinnen und Schüler

Ratsfrau Kluth thematisiert die Umleitung U77 im Bereich der Schwartzkopffstraße und deren Auswirkungen auf den Betrieb der dortigen Schulen. Sie fragt nach dem geplanten Zeitpunkt der Freigabe der Straße, die Verkehrsführung in den verschiedenen Bauphasen sowie die Kommunikation mit den betroffenen Anliegern, insbesondere der Schulen.

Herr Wiegel verweist auf die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH (SKBS), die Bauherrin ist. Diese kann aktuell keinen genauen Zeitpunkt für die Freigabe der Straße nennen. Die Tiefbauarbeiten sollen voraussichtlich Ende April abgeschlossen sein; anschließend beginnen die Hochbauarbeiten auf den angrenzenden Grundstücken. Aufgrund des erhöhten Baustellenverkehrs, insbesondere für Betontransporte, ist geplant die Schwartzkopffstraße ab Ende April/Anfang Mai als Einbahnstraße einzurichten. Dies soll auch sicherstellen, dass Rettungskräfte den Bereich jederzeit zügig passieren können. Die SKBS hat zugesagt, die betroffenen Schulen über die aktuellen Entwicklungen und die weitere Verkehrsführung zu informieren.

Ratsfrau Kluth regt an zu prüfen, ob für die Baustelle eine abgestimmte Baustellenlogistik mit festen Lieferzeiten (u.a. Beton) eingerichtet werden kann, um verkehrliche Konflikte zu Schulbeginn zu vermeiden. Der finanzielle Aufwand für einen Baustellenlogistiker sei aus ihrer Sicht lohnenswert, um Konflikte zu vermeiden. Diesen Hinweis möge die Verwaltung an die SKBS übermitteln.

7.3.2 – Verkehrssituation Magnitorwall/St.-Nicolai-Platz

Ratsfrau Mundlos fragt aufgrund von erheblichen Rückstaus an der Kreuzung Magnitorwall/St.-Nicolai-Platz nach möglichen Maßnahmen zur Entlastung des Knotens.

Stadtbaurat Leppa verweist u.a. auf die durch die Lichtsignalanlage (LSA) abzuwickelnden komplexen Verkehrsströme und mögliche Umleitungsverkehre durch die Baumaßnahme Museumstraße. Eine kurzfristige Änderung der Lichtsignalanlage ist von der Verwaltung aufgrund des Zeit- und Kostenaufwands nicht vorgesehen. Er erwartet, dass sich die Verkehrslage nach Abschluss der Baumaßnahme im Sommer normalisiert. Die Verkehrssituation soll nach Abschluss der Baumaßnahme erneut überprüft und ggf. angepasst werden.

7.3.3 – Unfallschwerpunkte im Radverkehr

Ratsherr Disterheft berichtet über die wiederholt vorgetragene Bitte des Stadtbezirksrats 211 Braunschweig-Süd an die Verwaltung, in einer Sitzung des Stadtbezirksrats über die systematische Befahrung und Analyse des Radverkehrsnetzes im Stadtbezirk 211 zu berichten. Ein Verwaltungsvertreter sei jedoch zu keiner der Sitzungen erschienen.

Stadtbaurat Leppa erklärt, dass der Bericht in diesem Ausschuss vorgestellt und diskutiert wurde. Eine Wiederholung dieser Berichterstattung in allen Stadtbezirksräten sei aus Kapazitätsgründen und solange keine neuen Sachverhalte vorliegen derzeit nicht möglich. Er betont, dass die bisherige Absage einer Teilnahme nicht als mangelnde Wertschätzung gegenüber der Arbeit der Stadtbezirksräte zu verstehen sei, sondern auf begrenzte personelle Kapazitäten zurückzuführen ist.

7.3.4 – Freizeitwege im Bürgerpark (zwischen Friedrich-Kreiß-Weg und BSA Jahnplatz)

Ratsherr Dr. Plinke fragt im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage zur Erneuerung des Wegesystems im Bürgerpark rund um den Südteich (26-28334) zum Zustand des Geh-/Radweges auf der Ostseite des Teiches, ob im Zuge der geplanten Maßnahmen auch dieser Weg saniert oder zumindest ausgebessert werden kann bzw. wann eine entsprechende Instandsetzung vorgesehen ist.

Stadtbaurat Leppa kündigt an, dass eine Sanierung der Wegeverbindung entlang der Wolfenbütteler Straße unabhängig von der Erneuerung der in der Vorlage genannten Freizeitwege im Bürgerpark geplant ist und im Jahr 2026 erfolgen soll.

7.3.5 – Veloroute Schöppenstedter Turm

Bürgermitglied Schroth bezieht sich auf die Mitteilung zum Tiefbauprogramm 2026 (26-28299) und die dortige Information der Verwaltung zur Neugestaltung Helmstedter Straße, dass die im Kontext der Veloroute Schöppenstedter Turm vorgesehene Beauftragung zur Umgestaltung der Kreuzung Altewiekring/Helmstedter Straße und des Elise-Averdiek-Platzes aufgrund unwirtschaftlicher Ausschreibungsergebnisse nicht erfolgen kann. Sie bittet um eine zeitliche Einordnung, wann die verschobenen Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

Stadtbaurat Leppa erklärt, dass die Verwaltung beabsichtigt, die Maßnahme für die Haushaltsjahre 2027/28 erneut aufzunehmen. Die endgültige Entscheidung hängt jedoch vom Ergebnis der Haushaltsberatungen und Prioritätensetzungen des Rates ab.

Ratsfrau Kluth regt eine erneute Ausschreibung oder ggf. eine freihändige Vergabe an, um zumindest eine Maßnahme kurzfristig umzusetzen, da mit weiter steigenden Kosten zu rechnen sei.

Stadtbaurat Leppa erläutert, dass die derzeitigen Baupreise sehr hoch seien und der zusätzliche Nutzen der Maßnahme aktuell von der Verwaltung als nicht zwingend notwendig bewertet werde. Daher wartet die Verwaltung zunächst ab, um im kommenden Jahr von einer günstigen Preisentwicklung zu profitieren.

Ratsherr Dr. Plinke widerspricht der Einschätzung von Stadtbaurat Leppa hinsichtlich eines nur geringen zusätzlichen Nutzens der Maßnahme. Die aktuelle Situation an der Querung Helmstedter Straße/Altewiekring beschreibt Ratsherr Dr. Plinke für Radfahrende als sicherheitskritisch. Er regt daher an, die Maßnahme aus Sicherheitsgründen prioritär zu behandeln und ggf. ein höheres Budget einzuplanen.

7.3.6 – Baumaßnahme Hamburger Straße

Ratsfrau Mundlos fragt nach dem Grund für die lange Dauer der Baumaßnahme auf der Hamburger Straße und bittet um eine zeitliche Perspektive für die Freigabe der Straße.

Stadtbaurat Leppa informiert über unvorhergesehene technische Anpassungen im Kanalbau durch die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH sowie witterungsbedingte Unterbrechungen im Januar und Februar. Die Kanalsanierung soll nach aktueller Planung bis Ende März abgeschlossen sein. In den Sommerferien erfolgt dann die endgültige Sanierung der Straße.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 16:04 Uhr.

gez. Kluth	gez. Leppa	gez. Ender
Kluth	Leppa	Ender
- Vorsitz -	- Stadtbaurat -	- Protokollführer -